

Die „Volkswacht“
erscheint täglich Nachmittags außer
Sonntag und ist durch die
Expedition, Neue Weltstr. 10/11
durch die Post und
durch Colportage zu beziehen.
Preis vierteljährlich 1/2 R., 3/4 R.,
für 6 Wochen 1 R. 1/2.
Postzeitungsliste Nr. 7244.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Insertionsgebühren
Betragt für die erste Zeile
20 Pfennige, für die zweite
10 Pfennige.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis zum 20. März in der
Expedition abgegeben werden.

Nr. 61.

Donnerstag, den 12. März 1896.

7. Jahrgang.

Einkommensteuerverhältnisse in Preußen.

Ueber die Einkommensverhältnisse des Volkes in Preußen giebt die kürzlich veröffentlichte Uebersicht über die Erträge der Veranlagung zur Einkommensteuer für das Jahr 1895/96 wieder recht interessante Aufschlüsse.

Bei einer Gesamtbevölkerung von 30 Millionen 812,583 Köpfen, von denen 12 Millionen 450,513 in den Städten und 18 Millionen 362,070 auf dem Lande wohnen, betrug die Zahl der Einkommensteuerpflichtigen für das Jahr 1895/96 900,000, was 29,824,000 oder 70,89 Prozent der Bevölkerung ausmacht.

Die Einkommensgruppe von mehr als 900 bis 2000 Mark befanden sich — mit ihren Angehörigen — in den Städten und auf dem Lande 7,868,999 Menschen oder 25,54 Prozent des ganzen Volkes. Während also 70,89 pCt. oder fast drei Viertel der preussischen Bevölkerung weniger verdienen, als wissenschaftlich nachgewiesen zu werden vermögen, haben ein in Wahrheit geringes Einkommen, welches bestenfalls zu nothdürftigen Auskommen eben hinreicht, auch noch mehr als ein Viertel der Gesamtbevölkerung und die Zahl dieser Armen und der Allermehrsten zusammengenommen erstreckt sich auf 96,43 Prozent oder weit mehr als 1/3 Zwanzigstel des ganzen Volkes.

Ihren jährlichen Einkommen nach gelöhnten zum Mittelstande 743,652 Personen, die mehr als 3000 bis 6000 Mk. Jahreseinkommen versteuern und 2,41 Prozent der Bevölkerung bilden.

Von den 30,812,583 der Gesamtbevölkerung gehören 30 Millionen 476,711 den feinem Einkommen nach armen Volke und dem Mittelstande an, während den oberen Klassen erstens: 185,953 Personen angehören, von denen die zugehörigen Steuerzahler mehr als 6000 bis 9500 Mark Einkommen versteuern; zweitens: 139,820 Menschen, unter denen die Steuererträge mehr als 9500 bis 30,500 Mark Einkommen haben.

Von diesen beiden Steuergruppen bildet dem Procentsatz nach die erste 0,60, die zweite 0,45, beide zusammen 1,05 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Die ihrem Einkommensbetrage nach Gebieter und Herrschenden bilden aber erstens die 25,666 Leute, von denen die zugehörigen Steuerzahler auf mehr als 30,500 bis 100,000 Mark Jahreseinkommen geschätzt sind und die 4233 Menschen, von denen die Steuererträge mehr als 100,000 Mk. Einkommen jährlich zu versteuern haben.

Die erste der letztgenannten Einkommensgruppen umfasst 0,08 vom Hundert des gesammten Volkes und die letzte der höchstbesteuerten Gruppen wenig mehr als 0,01, das heißt ein Hundertstel Prozent der Gesamtbevölkerung. Die eigentlich herrschenden Klassen also bilden zusammen noch nicht ein Zehntel Prozent oder ein Tausendstel des preussischen Volkes.

Am geringsten war die Zahl der einkommensteuerpflichtigen Volkangehörigen, das heißt also der Leute, die mehr als die zum einigermassen leitlichen Auskommen voll-

kändig ungenügende Jahreseinnahme von 900 Mark hatten, in den westpreussischen Regierungsbezirken Danzig und Marienwerder, ferner in den ostpreussischen Königsberg und Gumbinnen, sowie in den Regierungsbezirken Posen und im schlesischen Regierungsbezirk Breslau, wo sie nirgends auch nur ein Fünftel der Gesamtbevölkerung bilden.

In den sieben östlichen Provinzen Preußens überschreiten nur die Bezirke Magdeburg und Potsdam den Satz von 30 Prozent der Gesamtbevölkerung mit der Zahl ihrer Einkommensteuerpflichtigen, während im Westen der preussischen Monarchie nur wenige Bezirke hinter dem Satz von 30 Prozent zurückbleiben; am meisten der Bezirk Osnabrück mit 24,54. Am höchsten steht der Regierungsbezirk Arnberg mit 49 Prozent Einkommensteuerpflichtigen.

Die oberste Schicht der herrschenden Gesellschaft weist unter ihren 4233 Köpfen 1691 Steuerzahler mit mehr als 100,000 Mark Jahreseinkommen auf. Davon befinden sich nur 7 in Westpreußen, nur je 14 in Ostpreußen und Posen, 22 in Pommern, 26 in Schleswig-Holstein, 44 in Hannover, 81 in Westfalen, 94 in Brandenburg, 128 in der Provinz Sachsen, 159 in der Provinz Schlesien, 170 in Hessen-Nassau, 386 im Rheinland und 436 im Stadtkreis Berlin.

Die sehr großen Einkommen sind, nach dem Steuerwohnsitz der betreffenden Leute, in den Städten zu Hause. Die ihrigen Städte z. B. haben 328 Steuerzahler mit mehr als 100,000 Mark Einkommen, während auf dem platten Lande der Rheinprovinz nur 57 solcher Mitglieder der höchsten Steuergruppe zu finden sind und auf dem platten Lande des ganzen preussischen Staates nur 307 Hunderttausend Mark-Jährer wohnen. Von diesen 307 aber kommt fast die Hälfte auf Rheinland und Schlesien zusammen; in letzterem Provinz wohnen 87 Steuerpflichtige mit mehr als 100,000 Mark Einkommen auf dem Lande. Es sind dies die herrlichen Landbesitzer, die nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch mächtigsten und wenig vollstündlichen Leute in Preußen und in ganz Deutschland.

In Schlesien wohnen in den Städten noch 63 Angehörige der höchsten Steuergruppe; es sind das die Großcapitalisten Breslaus, die mit den Landbesitzern im Verein sich als die Hauptverächter der landwirtschaftlichen Mittelklasse bewähren.

Unter den Großcapitalisten Breslaus ragt als bedeutendster der Besitzer der „Schlesischen Zeitung“ Herr v. Korn mit seinen 84 Millionen Mark Vermögen hervor, der merkwürdiger Weise noch nicht 2 Millionen Mark Jahreseinkommen verzeichnet, wahrscheinlich deswegen, weil ein Theil seines Reichtums in Grund und Boden angelegt ist, der erst in Zukunft vielmillionenfache Frucht tragen soll.

Schlesien ist übrigens die einzige Provinz, in der die colossalen Reichen in ganz erheblich überwiegender Zahl auf dem Lande wohnen und außerdem derjenige Landesheil, wo das am handgreiflichsten zu Tage tritt, was socialdemokratische Forderungen neulich von den größten Patrioten und reichsten Leuten in der Schweiz erzählt wurden, dass diese Menschen

es nämlich am wenigsten lieben, dem Staate gegenüber ihre Verpflichtung als Steuerzahler nachzukommen.

Allerdings würde, wenn bei uns in Deutschland über das Verhältnis der Einkommen- und Vermögenssteuer zu den wirklichen Vermögen und den tatsächlichen Einkommen beträgen eine Enquete ähnlich wie in der Schweiz veranstaltet würde, sich, wie kein einziger der Sachkenner bezweifelt, auch überall im deutschen Reiche herausstellen, daß die reichsten der Staatsangehörigen — gerade die Leute, die von den staatlichen Einrichtungen den meisten Vortheil ziehen — ihres Staatswesens schlechteste Zahler sind.

Politische Rundschau.

Berlin, den 11. März.

Aus dem Reichstage. Die traurige Situation der Gewerbenelle wurde heute von der Majorität, die in hoher Eintracht Conservative, Nationalliberale und Ultramontane umfasst, rüftig fortgesetzt. Zunächst schlug die compacte Mehrheit einen Versuch unseres Genossen Boghner, die Handlungsbefreiungen von der lästigen Verpflichtung zu befreien, Legitimationskarten zu lösen, mit sich zu fassen, siegreich ab. Die Polizei soll als ledige Besetzung statuiert und alle Welt polizeiert werden, das ist der leitende Gedanke, der in diesen Verhandlungen so herrliche Wirkung zeigt. Den Haupttheil der Sitzung nahm der Kampf um den Artikel 11 in Anspruch. Dieser Artikel ist die Einleitung zu den Socialbestimmungen, denen die Hausierer unterworfen sind. Der schärfste Kleinhandel betrachtet die Hausierer als seine geschworenen Feinde und sieht in ihnen den Auswurf der Menschheit. Dabei übersehen er freilich, daß die großen Versandthäuser und Magazine viel gefährlichere Gegner im Concurrenzkampf sind und daß seine wirtschaftliche Existenz durch den Gang der ökonomischen Entwicklung untergraben wird, der sich durch Einschränkung des Hausiergewerbes am allerwenigsten aufhalten läßt. Aber der Kleinhandel schreit nun einmal gegen die Hausierer, und die Parteien, die auf seine Stimme speculieren, opfern ihm gern den herumziehenden Handelsmann. Mit der Linken vereint, suchte der ultramontane Abgeordnete von Strombeck, der Vertreter des Eichsfeldes, sich der Hausierer anzunehmen, denn die Eichsfelder Armuth zieht mit den Kassen durchs Land und sucht ihre Waaren anzubringen. Wieder aber prallten alle Versuche, die betreffenden Bestimmungen zu mildern, an der compacten Mehrheit ab. Von größter Bedeutung noch war das Gesecht, das sich um die geltende Bestimmung der Gewerbeordnung entspann, wonach Druckschriften, die in sittlicher und religiöser Beziehung Aergerniß erregen, von der Colportage ausgeschlossen sind. Herr von Voeltiger gab durch die Frage, ob auch politische Schriften durch diese Bestimmung getroffen werden könnten, die vieljagende Antwort, an sich stelen politische Schriften nicht unter das Verbot, es sei denn, daß sie auch in sittlicher oder religiöser Beziehung Aergerniß erregten. Gegen dieses Censurrecht der Polizei kämpfte Abgeordneter Wundel mit der Waffe des Spotts und unser Genosse Diez mit der Waffe der Sachkenntnis. Diez wies besonders auf die Unmöglichkeit der vorgeschlagenen Verschärfung der Gewerbeordnung hin, wonach auf Lieferunswerken die Gesamtzahl der Lieferungen und der Ge-

Berliner Märztage.

Eine geschichtliche Erzählung von Michael Deutsch.

Nachdruck verboten.

I.

Es war am 12. März, dem ersten Fastensonntag des Jahres 1848. Der Winter — einer der kältesten, die seit langer Zeit gewesen — lag in den letzten Tagen, siegreich hatten die brausenden Vorboden des jungen Frühlings ihn zu Boden geschmettert. Durch die kalten Wipfel des Berliner Thiergartens jagte ein lauter Südwest und segte mit fröhlichem Hauche die Straßen und Gassen der alten Residenz an der Spree, als ob er allen Untath und Ueberhand vergangener Zeiten mit einem Mai hinwegräumen wollte.

Von den Kirchthürmen der Stadt ertönte in mannigfachen Durcheinander das Geläute der Glocken. Die Vormittagsandacht war zu Ende, und die Prediger kamen mit griesgrämlicher Miene aus den Gotteshäusern heraus. Sie hatten ihre Fastenweisheit vor halbleeren Bänken zum Besten geben müssen und zürnten diesem gottlosen Volke von Berlin, das ihr Wort so gering achtete. Wie schön hätte das gerade für diesen Sonntag gepast, dessen Epistel, 2. Corinthher Capitel 6, von Aufruh und Beführung, von Trübsal und Nöthen handelte — so recht ein Thema für diese unglückseligen, gewaltig erregten Tage, in denen die Thronen wankten und die Minister stürzten und die Revolution wie ein wild tosender Ocean sich vom Westen her über den Erdheil wälzte, immer näher und näher, immer bedrohlicher und gefährlicher. Wie glänzend war die Gelegenheit, dieses Volk von Berlin noch einmal so recht eindringlich und liebevoll zu ermahnen und die alte Treue in ihm zu befestigen — ja, wenn es nur gekommen wäre!

Aber das war es eben: es kam nicht. Es hatte offenbar keine Zeit, die rechnerischen Leistungen seiner Seelsorger

zu bewundern. Anderes beschäftigte seinen Sinn in diesen schweren, bedeutungsvollen Tagen. Eine dumpfe, gewitterschwüle Stimmung lag über der Bevölkerung von Berlin. Mager und bleich kam der Proletarier aus seiner elenden Vorstadtwohnung hervor, um zu sehen, was der Frühling ihm brachte. Es war ein böser Winter, der hinter ihm lag — ein harter, hungriger Winter, der gehörig ausgeräumt hatte unter den Kindern des Elends. Zwei arge Miskraten waren vorausgegangen. Noth und Entbehrung hatten dem Antlitz des arbeitenden Volks ihren heimlichen Stempel so deutlich aufgeprägt, daß selbst die oberen Beinhauten, die sonst ihr Gesicht vor dem Anblick der Armuth verhielten, bedenklich zu werden und ganz wider Gewohnheit über die Lage der Dinge nachzudenken begannen. Die Arbeitslosigkeit hatte einen Umfang angenommen, wie man es in Berlin noch niemals erlebt hatte. Tausende und abertausende von fleißigen Armen waren zur Unthätigkeit verurtheilt, und wo noch gearbeitet wurde, da waren die Löhne so kläglich, daß sie zur Befreiung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse kaum ausreichten.

Wird das Frühjahr in diesen traurigen Dingen einen Wandel schaffen? Das war die Frage, die man auf den Gesichtern dieser Armen der Armen lesen konnte. Die Aussichten auf die Zukunft waren die denkbar schlechtesten. Dunkle Gerüchte waren verbreitet, nach denen die Regierung den Beschluß gefaßt hätte, die Arbeit bei den staatlichen Bauten und sonstigen Unternehmungen einzustellen. Die großen Fabriken von Borsig, Gull, Goldschmidt u. s. w. hätten bereits Hunderte von Arbeitern entlassen, und neue Entlassungen hancen bevor. Der Staat hatte den Unternehmern eine Entschädigung versprochen, wenn sie mit den Entlassungen noch einbitten, aber die Männer des Capitals gaben nicht viel auf diese Versprechungen, denn sie wußten nur zu genau, daß die Staatskasse leer war. Sie hatten ein paar Jahre vorher jenen berühmten „Berein für das

Wohl der arbeitenden Klassen“ mit begründeten Heften, der immer noch vergeblich in den Vorjammern der Minister und Hofkanzler um endliche Auszahlung der fünfzehntausend Thaler herumbettelt, welche diesem todgeborenen Kinde von hoher Stelle als Rathengebant versprochen worden. Nicht fünfzehntausend Thaler trieb man auf, das Wohl der arbeitenden Klassen“, die von Hunger und Elend, von Entbehrung und Ararbeit auf's Bitterste heimgesucht waren.

Der Handwerker, der Krämer, der kleine Geschäftsmann, kurz, alle die, welche unmittelbar von den Groszen des arbeitenden Volkes lebten, jammernten laut über die schrecklichen Zeiten. Die ephären selten Epiphänger, die auf dem alten Rathhaus am Kölnischen Fischmarkt das große Wort führten, rathschlagten hin und her, wie sie durch irgend ein Zaubermittel, das ihnen nicht an denbeutel griff, dem allgemeinen Nothstand ein Ende machen könnten. Lange genug hatten sie sich entrüstet über den blühend wachsenden Bezug von Auswärts, über die wenigen polizeulichen Einschreibungen im Handwerk, welche sie hochtönend „Gewerbefreiheit“ nannten über die mangelnde Gottesfurcht, die überhandnehmende Bettelerei, die wilden Ehen, die schlechte Kinderzucht, Bökererei und andere Laster der unteren Bevölkerungsgeschichten.

Jetzt mußte endlich etwas Greifbares geschehen, und so riefen sie denn Anfang März mit großem Getöse eine „Arbeitsnachweisungs-Anstalt“ ins Leben. Von den sieben-tausend Arbeitslosen aber, die bereits am ersten Tage Beschäftigung nachgesucht hatten, war nur ein einziger untergebracht worden. Nur einer von Siebentausend — diese ichwere Zeit nicht auf Nothen gebietet. Das Gewäch des biedereren Bürgermannes befand sich in einem werthlosig

vermochte es her conservativ. Wg. Dpik in der Donnerstagstung der Kammer über sich, von einem „Möglichen Scheitern“ der Agitation gegen das Wahlgesetz zu sprechen. Wenn er freilich dabei im Auge hatte, daß alle diese Kundgebungen auf ihn und seine Gesinnungsgenossen ohne Einbruch geblieben sind, so hat er Recht. Bei dieser Mehrheit gilt eben allein der Grundsatz: Gewalt geht vor Recht. Das ging auch aus der Art hervor, wie die Verhandlungen geführt wurden. Als z. B. der Kammerfortschrittler Streit den Socialdemokraten vorwarf, sie folgten blindlings ihren Führern und ihm daraufhin der Socialdemokrat Weber zurück: die Conservativen auch! wurde er vom Vorsitzenden Aldermann zur Ordnung gerufen, nicht aber Herr Streit, von dem die Probokation ausgegangen war. Die Mehrheit, welche die Macht in Händen hat, glaubt sich Alles herausnehmen zu können. Unter diesen Umständen ist es verständlich, wenn die Socialdemokraten es am Freitag aufgaben, mit dieser Mehrheit noch weiter zu debattieren, und so wurde denn das Gesetz Hals über Kopf angenommen.

— Aus Elßaß-Lothringen. Seitens der Verwaltungsbehörde wurde das Gesuch einer französischen Schauspielertroupe, in Colmar aufzutreten zu dürfen, abschlägig beschieden. Das Verbot erstreckt sich auf so andregreiflicher, als die Troupe bisher unbehelligt in Mülhausen gastierte und dem Auftreten französischer Theatertruppen in den reicheländlichen Städten in letzter Zeit, entgegen früherer Gepflogenheit, Hindernisse nicht in den Weg gesetzt wurden. In Colmar bringt man, wie die „Frankf. Ztg.“ der obigen Mitteilung hinusschickt, das Verbot in Verbindung mit dem Scheitern des Fackelzuges zu Ehren des Statthalters. Das wäre allerdings ein historisches Zeichen der Art und Weise, wie die preussische Bureaukratie die Reichsstände „moralische Eroberungen“ zu machen liebt. — Aus St. Ludwig im Elßaß wird dem „Vorwärts“ geschrieben: Die hiesigen Arbeiter, deren Zahl auf 2000 angegeben wird, verlangen dringend die Errichtung eines Gewerbegerichtes. Sie können sich aber hier nicht versammeln, — sie bekommen weder ein Local, noch die behördliche Genehmigung zur Abhaltung einer Versammlung — sondern müssen die Gastfreundschaft der Schweiz in Anspruch nehmen, um diesen Gegenstand zu besprechen. Keine Zukünfte, wenn deutsche Bürger ins Ausland müssen zur Beratung und Forderung gesetzlich gewährleistet Rechte!

Österreich-Ungarn.

Ein hübsches Stückchen Corruption wurde kürzlich im ungarischen Parlament entlarvt. Im Abgeordnetenhaus entspann sich eine lebhafteste Debatte über die Vorkaufbahnen, die bereits Gegenstand letzter Entschlüsse waren. Graf Zielinsky wies nach, daß bei Vicinaböden, bei denen Abgeordnete Concessionäre waren, das Kilometer von 25,000 bis 75,000 Gulden kostete, während der Staat, wo er selbst baute, bloß 18,000 Gulden für das Kilometer bezahlte!

Dänemark.

Die Unterschlagungen Hans Lassens, des dänischen Abgeordneten im preussischen Abgeordnetenhaus, haben hier oben das peinlichste Aufsehen erregt. Es in das innerhalb kurzer Zeit der dritte Fall, daß führende Männer der norddeutschen Dänen sich grobe Untreulichkeiten zu Schulden kommen lassen. Da diese Braven ausnahmslos hoch conservative Herren waren, wird die politische Wirkung ein rapider Fortschritt der demokratischen Tendenzen sein. Zumal ra sich gegen nationale Unterdrückung verständigterweise überhaupt nur von einem „mekanischen“ Standpunkte aus protestieren läßt.

Etreulicherweise hat die Aussperrung in den Schuhwarenfabriken mit dem Sieg der Arbeiter geendet. Und zwar ist es ihnen nicht nur gelungen, die ursprünglichen Lohnsätze aufrecht zu erhalten, sondern sogar deren Erhöhung durchzusetzen. Der jetzt beendete Kampf war eine Organisationsprobe sondergleichen. Ni-mals sind von dänischer Fabrikanten größere Anfeindungen gemacht worden, Streikbrecher zu werben, und niemals sind sie gründlicher mislungen. In den ganzen langen drei Monaten ist von den 450 Arbeitern nur einer abgefallen.

Im Folkething nimmt das Schulgesetz das Interesse großer Bevölkerungskreise in Anspruch. Ueber das Schicksal desselben löst sich heute noch nichts Bestimmtes sagen. Die letzte Nummer unseres hiesigen Parteiorgans enthält nicht weniger als drei Artikel, die sich mit der Schulfrage beschäftigen und wird in einer Extrablatt von 5000 Exemplaren an sämtliche Lehrer des Landes versandt. Deutsche Lehrer wird es beinahe protest anmuten, daß man in Dänemark ernsthaft daran denkt, sich nach dem Vorbild der socialdemokratischen Arbeiter in einem Fachverein zu organisieren, um die schlecht dotierten Amter schiantweg zu boykottieren.

Frankreich.

Wieder ein neues Panama! Pariser Blättern zu Folge hat die Staatsanwaltschaft die strafrechtliche Untersuchung gegen einzelne Mitglieder eines Petroleumringes angedeutet, der sich vor längerer Zeit in Paris gebildet hat. Ein Deputirter und ein Senator, welcher letzterer sich in der Affaire Kimpler die Gegenderschaft Ricars zu-zog, sollen in die Angelegenheit verwickelt sein. Der Untersuchungs-Commissar Bernard vernahm bereits mehrere Zeugen, darunter den Journalisten Guérin, der den Ring in mehreren Artikeln scharf angegriffen hat. Sowohl in der Handels- wie in der politischen Welt hat die Meldung von dem gerichtlichen Einschreiten lebhaftes Aufsehen hervorgerufen.

England.

Conservative „Socialpolitik“ in England ist ein ebenso merkwürdiges Ding, wie die „Socialpolitik“ der deutschen Regierung. Vor einigen Tagen hatte sich das Unterhaus, um mit Sir Charles Dilke Worten zu sprechen, mit dem „ersten socialpolitischen“ Bill der Torydemokratie“ zu beschäftigen, d. h. mit einer

Bill Sir Alfred D'Amans, welche dem Arbeiter die Hilfe der localen Körperschaften für den Bau eines eigenen Hauses sichern will, und zwar in der Weise, daß jeder Arbeiter, bei ein Viertel der zum Bau eines Hauses erforderlichen Summe besitzt, eine Anleihe bis zu 150 Pfd. bei der Localbehörde aufnehmen kann. Es liegt auf der Hand, daß diese Bestimmung nur einem sehr kleinen Bruchtheil des Arbeiterhandes zu Gute käme, da nach dem Zeugniß von Charles Booth in dem Werke „Life and Labour of the People in London“ wohl kaum zwei Procent der Arbeiter im Stande wären, ein Viertel der Baukosten aus Eigenem zu leisten. John Burns hat diese Angabe im Wesentlichen bestätigt, und zugegeben, daß nur die kleine Zahl der außerordentlich hoch bezahlten Arbeiter, deren nämlich, die 50 bis 60 sh. wöchentlich verdienen, einen Nutzen aus der Bill ziehen könnte, während für die überwältigende Mehrheit der Arbeiter die Wohnungsfrage unverändert bliebe. Eine Maßnahme dieser Art verdient aber gar nicht ernstlich in Erwägung gezogen zu werden, wie sie vermuthlich auch gar nicht ernst gemeint war. Sie hat wahrscheinlich nur wahlpolitische Bedeutung; neue Hauseigentümer sind neue Wähler und die Conservativen hoffen, daß diese stets eingedenk bleiben werden, wer ihnen zum Eigenthum und zum Wahlrecht verholfen hat. Die Torydemokratie dürfte sehr neid sein, wenn sie von der Gladstoneschen Bill auch socialpolitische Folgen erwartete. Der Antrag hat denn auch keine Annahme gefunden.

Australien.

Am 4. März wurde in Sydney die Konferenz australischer Premierminister eröffnet. Nach einem der Konferenz vorgelegten liberalen Verteidigungsplane soll als Verstärkung der bisher schon bestehenden localen Streitkräfte eine besondere Troupe gebildet werden, die im Frieden 5000 und auf Kriegsfuß 12 000 Mann stark sein werde. Der Plan fand aber wenig Beifall, weil seine Ausführung zu viel kosten würde. Die Nothwendigkeit einer einheitlichen Bewaffnung wurde anerkannt. Ueber die Frage der Vereinigung im Allgemeinen sind folgende Beschlüsse gefaßt worden: 1. daß die Vereinigungen der jetzigen Colonien, die Dringlichkeit und Nothwendigkeit der Vereinigung aus Neue darlegen; 2. daß die in New-Südwales, Victoria, Südaustrolien und Tasmanien genehmigte sogenannte Federal Enabling Bill, d. h. die Errichtung, in einen Bund einzutreten, einen großen Schritt weiter bringt. Noch erfreulich sei es, zu vernehmen, daß auch in Queensland jetzt eine ähnliche Bill eingebracht werden solle. Das ist jedoch vorläufig nur eine Vereinigung im Princip. Die zur Verwirklichung desselben wird wohl noch etwas dauern.

Chronik der Majestätsbeleidigungsproceffe.

Majestätsbeleidigung brachte abermals einen jungen Menschen auf 10 Monate ins Gefängniß. Am Freitag wurde der 23jährige Arbeiter Raten aus Dresden, der sich am 18. Januar in einer Kneipe etwas unvorsichtig ausgedrückt hatte und von seinem Kollegen, dem jetzigen Bauarbeiter Heinrich Nibel, denuncirt worden war, zu zehn Monaten Gefängniß verurtheilt. Etoben-volle Wunden hat er außerdem in Untersuchungshaft gelitten. Die Ankerurgen Rabens sollen eine Beleidigung des deutschen Kaisers enthalten haben. Einige Zeugen gaben an, daß Raben etwas angekränkt gewesen sei.

Aus Elmshorn wird geschrieben: Wegen Majestätsbeleidigung wurde in Elmshorn der Schuhmacher Groth, aus Körlin gebürtig, verhaftet. Denuncirt war derselbe durch seinen früheren Logswater, den Schuhmacher Hartung. Auf ein Schreiben, welches an die hiesige Behörde gesandt war und worin hauptsächlich wurde, daß Hartung nebst Frau Kuppel betriebe, wurden auf Anordnung der Polizeibehörde mehrere früher bei H. in Logis gewesene Arbeiter, bornater Groth, polizeilich vernommen. Auch der der Kuppel betriebe H. wurde selbst vernommen und hat hierbei die Denunciation wegen Majestätsbeleidigung gemacht. Die Verhaftung erfolgte sofort. Es scheint hier nur ein Nachakt vorzuliegen, da Groth, ein junger, 20jähriger Mensch, wieder aus der Haft entlassen wurde. Dieser Fall zeigt wieder einmal, wie man Majestätsbeleidigungs-Proceffe zu machen sucht.

Parteiangelegenheiten.

In dem Proceß Ruess und Consorten wegen angeblicher Verletzung des Vereinsgesetzes ist den Angeklagten jetzt die Anklageschrift zugehellt worden. Dieselbe umfaßt 58 enggefaßte Seiten. In ungenügendem Verhältniß zu dem Umfange steht der Inhalt der Anklage, welche sich gegen 47 Genossen und Genossinnen richtet und theils offene Thüren einreißt theils auf Angaben von ungenannten Gewährsmännern“ der Polizei sich stützt. Da die Angeklagten kein Interesse daran haben, durch Verantragung einer Voruntersuchung die Entscheidung hinauszuschieben, so dürfte der Termin für die Verhandlung in kürzester Zeit angefaßt werden.

Graf Otto von Dresden, der mit der Untersuchungs-haft ca. 21 Monate wegen Majestätsbeleidigung im Gefängniß schmachtete, ist am Freitag entlassen worden. Er hat die schwere Strafe, die er nach seiner felsenfesten Ueberzeugung unfehlbar erlitten, ohne besondere Nachtheile an seiner Gesundheit überstanden. Hoffentlich kann er nun recht lange ungehindert am Kampfe des Proletariats theilnehmen.

Sociale Ueberseht.

Die arme Deutsche Gasfächler-Gesellschaft. Die Dividende der Gesellschaft betrug bekanntlich im vorigen Jahre 130 Pfd. Ist aber angefangen der Concurrenz, die dem Auerbach droht, beim nächsten Jahresabschluss darauf zu rechnen, daß den Actionären ein ähnlicher Entbehrungslohn zu Theil wird? Es steht das Schlimmste zu befürchten; wer weiß, ob die Actionäre sich fortan nicht gar mit 120 Pfd. oder noch weniger begnügen müssen. Soldaten Verlusten muß bei Zeiten vorgebeugt werden und daher hat die Direction der Auer-Gesellschaft ihren Arbeitern in Vertheilung angekündigt, daß die Arbeitszeit, die jetzt bis 6 Uhr Abends währt, fortan nur bis 4 Uhr dauern solle, und daß diese Verringerung der

Arbeitszeit mit dem Ausfall eines Tagelohnes in der Woche verbunden sei. Die Monture, die gegenwärtig noch ein wöchentliches Einkommen von 21 bis höchstens 27 Mark haben, werden fortan etwa 17 bis 24 Mark verdienen. Aber das Schlimme kommt noch. Es ist den Arbeitern zu gleicher Zeit verkündet worden, daß sie bei der um 2 Stunden verminderten Arbeitszeit dasselbe Pensum wie bisher leisten müssen. So sorgt die Deutsche Gasfächler-Gesellschaft sorgfältig für das Wohl ihrer — Actionäre.

Zur internationalen Enquete über Frauenarbeit. In Wien ist schuß Beranstellung einer Enquete eine Commission von Männern der Wissenschaft zuzusenden. Ueber die erste Sitzung wird gemeldet: Im Saale der niederösterreichischen Handels- und Gewerbeakademie begann die von einer freien Vereinigung von Männern verschiedener Berufswege und Parteistellungen veranstaltete Enquete über die Frauenarbeit. Der erste Sitzung präsidirte Professor von Philippovich und später Dr. Leo Schanz. Ueber die Berechnungen der Expertinnen aus der Carlsbader u. a. g. a. r. n. und Steinbrückbrache wird folgendes berichtet: Eine sehr große Ausbreitung hat die Frauenarbeit in der Cartonagenwaren-Verzierung. Dieser Produktionszweig umfaßt in Wien ungefähr 1500 weibliche und 200 männliche Arbeiter. Die Lohnverhältnisse sind noch schlechter als in der Buchdruckerei. Es sind zumeist jüngere Arbeiterinnen, selten ist eine älter als 30 Jahre. Die Sterblichkeit ist in Folge der traurigen Lebensverhältnisse aus dem ungesunden Betriebe eine sehr große. In einem der größten Cartonagenwaren-Betriebe erhalten die Anfängerinnen täglich Kreuzer Wochenlohn und in einigen Wochen immer zehn Kreuzer Zulage. Nach sechs Wochen beträgt der Lohn 1 fl. und nach acht wöchentlich auf 4 fl. wöchentlich. Der höchste Lohn, den man sich nach sechs bis sieben Jahren bekommt, wenn man sehr tüchtig ist, beträgt 5 fl. bis 5 1/2 fl. wöchentlich. Kommt man nur eine Stunde zu spät, werden gleich 20 kr. oder 30 kr. abgezogen. In der Saison wird manchmal von 7 Uhr früh bis 12 Uhr Nachts gearbeitet. Es giebt dort keinen Werkführer; dafür ist der Herr sehr rabiat und wisst die Arbeiterinnen gleich über die Stiege hinunter und geht ihnen noch Schimpfnamen. Jede Cartonagen-Arbeiterin wird von den anderen Arbeiterinnen verachtet. Schaut, wie die bekommen, wenn's auszieht, wagt sie sich am Sonntag und geht am Montag wieder an. Keine der Arbeiterinnen durfte in einen Festen treten. Die Ernährung besteht auch bei diesen Arbeiterinnen fast ausschließlich aus Kaffee und Brot. Sonntag zu Mittag Gädapfelsuppe, Einbreinsuppe oder Grießkuch ist schon etwas Neues. Ein sehr Seltenes ist es, jagte die Expertin, wenn sich eine am Sonntag um 16 kr. ein Stück Mostbraten vom Bierbrauereibauer kauft oder Augsbürger vom Hoffleisch, das ist schon das beste Mittagmahl. Dann sind aber die Arbeiterinnen am Montag gewöhnlich krank, weil der Magen an die Fleischkost nicht gewöhnt ist. Kommt sie dann Montag krank in die Arbeit, jagt der Herr: „Du hast gestern gewiß wieder getrunken und getraut!“ Eine andere Expertin erzählt: Bei uns ist der Lohn 4 fl. 50 kr. und äußerst selten 5 fl. wöchentlich. Wenn jemand um 5 Minuten zu spät kommt, wird gleich eine halbe Stunde abgezogen. Bei uns dürfen die Arbeiterinnen ihren Kaffee, den sie sich für das Mittagessen mitgebracht haben, nicht einmal wärmen, weil die Frau den Kaffeegeruch nicht leiden kann. Die Arbeiterinnen treten dem Fachversteher nicht bei weil die Herren das nicht zugeben. In einem Arbeiterwohnheim läßt der Herr eines der jungen Mädchen, die 50 Kreuzer Wochenlohn bekommen, mit dem Wagen, welcher die fertigen Waaren den Kundschaften zuführt, mitfahren, um einen Mann zu erparen, dem er 9 fl. wöchentlich zahlen müßte. Alle Expertinnen verweisen auf einen gesundheitsschädlichen technischen Vorgang bei der Cartonagen-Verzierung, auf das „Friedelschleiden“. Es müssen nämlich mit einem beträchtlichen Leitwanddruck von den Arbeiterinnen mit der Junge nach gemacht und dann in den Carton eingelebt werden. Diese Thätigkeit dauert oft vier bis fünf Stunden nach einander. Man könnte auch einen Schwamm dazu nehmen, jagt eine Expertin, aber der Herr leidet es nicht, es geht mit dem Schleiden geschwinder. Auch die anderen Expertinnen bejahen dies. Bei den Arbeiterinnen in der Steinbrückbrache ist der mindeste Lohn 1 fl. 50 kr., der mittlere 4 fl. pro Woche, höhere Löhne sind nur in vereinzelter Fällen vorhanden. Die Arbeitslocalitäten sind gewöhnlich in Kellern unterbracht, wo den ganzen Tag das Gaslicht brennen muß. Waschvorrichtungen oder separate Räume zum Aus- und Ankleiden giebt es sehr selten. Der Betrieb ist in Folge des herumfliegenden Bronzestaubes und des zumeist in schlechten Qualitäten verwendeten Perpetinins sehr gesundheitsschädlich. Zwei Drittel der Arbeiterinnen erkranken an Tuberkulose, auch Nierstein-Erkrankungen und andere Augenkrankheiten kommen sehr häufig vor. Die Knecht der Frauen beim „Einlegen“ und „Auslegen“ an der Maschine, welche ein fortwährendes Ausbrechen der Arme und Hinüberneigen des Körpers notwendig macht, ist sehr ermüdend. Bei den Maschinen sind in der Regel keine Schutzvorrichtungen vorhanden, deshalb kommen Unfälle sehr oft vor.

Arbeiterbewegung.

Die Maler, Radierer und Berufsgeossen rüsten sich in fast ganz Deutschland zum Kampfe gegen die Unternehmer. Nach dem Sachorgan der Maler hat die Arbeiterbewegung bereits begonnen in Altona u. S., Barmen, Berlin, Bremen, Coblenz, Dresden, Eberfeld, Essen (Ruhr), Gdelsig, Greiz i. V., Hildesheim, Hagen i. W., Kiel, Leipzig, Merane, Osnabrück, Reine und Plauen i. Bgl.

Wegen Lohn Differenzen haben die Cigarrenarbeiter der Firma Schulz in Ditzschen die Arbeit eingestellt.

Die Weberknechte der Tuchfabrik von Sternickel und Gölcher in Eupen traten, nachdem die Firma den unteren 25. Januar durch den Regierungs- und Gewerbe-Rath Storp aus Aachen mit dem Geheimen Commerzienrath Gölcher vereinbarten Lohnsatz einzuhalten sich weigerte, wieder in den Ausstand.

In Lübeck sind nun die Würfel gefallen. Die Metallarbeiter (Schlosser und Dreher) und die Modellirer und Drehler der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft haben am Montag die Arbeit niedergelegt. Die Organisationen dieser Arbeiterkategorien, die der Direction ihre Forderungen schriftlich eingereicht hatten, erhielten am Sonnabend von dieser einen abschlägigen Bescheid. Die Forderungen der Arbeiter sind sehr beschädnender Art; sie verlangen: 30 Pf. pro Stunde; Lohnzuschlag von 25 pCt. für Ueberstunden; und Abschaffung der Ueberstunden bei Tischlern und Drechslern.

Die Schmelze der Eisgießerei von Rügge in Leipzig-Plagwitz legten sämtlich die Arbeit nieder, weil einer ihrer Kollegen den Minimallohn von 30 Pf. pro Stunde nicht bekommen hat.

Die Werkschul-Studiente und Cypoldhauer Kitzberg's, die sich im Streik befinden, forderten 9 1/2 stündige Arbeitszeit inclusive Frühstücks- und Besperpause.

In Ludwigsfelde hat das gesamte Personal der Metallfabrik von Strehle u. Co. wegen Lohn Differenzen die Arbeit eingestellt.

Die Buchdrucker-Gildearbeiter Straßburgs i. E. haben sich in einer zahlreich besuchten Versammlung mit der Arbeiterbewegung der deutschen Buchdruckergehilfen solidarisch erklärt.

Die Textilarbeiter Reichensbergs i. S. hatten am 5. Fabrikanten die Forderung des zehnstündigen Arbeitstages gestellt. Diese ist von den Unternehmern abgelehnt, jedoch ein Streik

1800 Arbeiter der Papierfabrik in Graßweien bei Graz haben die Arbeit eingestellt. Ursache des Streiks ist die Entlassung eines ihrer Mitarbeiter.

In der Wief- und Webwarenfabrik von J. Plan in Wien sind Differenzen ausgebrochen zwischen den Arbeitern und dem Unternehmer. Die Arbeiter fordern die Wiederherstellung des Entlassenen, sowie die Kündigung eines Beamten.

Gerichtliches.

„Grober Unfug.“ Der für den Anseertheil der „Magdeburger Volksstimme“ Verantwortliche stand vor dem hiesigen Obergericht, weil in einem Inserat vom 18. Januar politische Schriften empfohlen waren.

Das ist denn doch wirklich noch nicht dagewesen! Und in diesem ersuch vordritten Urteil kam noch, daß der Herr Kaiser nicht dem Angeklagten „ehrliche Gesinnung“ bewahrt!

Ein festerstehender Polizeibeamter. In einer Sitzung des Obergerichts wurden als die Kunde ein lächerliches Entendbild erzählt. Der Polizeibeamter Robert Demmler hatte bei der Polizeibehörde um Verlängerung der Polizeistunde angegangen.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volksmacht“.) 57. Sitzung vom 12. März — 1 Uhr.

Die zweite Beratung der Novelle zur Gewerbeordnung wird fortgesetzt bei Artikel 9 der Vorlage, der von der Verpflüchtung der Handlungsreisenden, Legitimationskarten zu lösen, handelt.

Abg. Vogt (Eoc.) beantragte, als Artikel 9 zu setzen: „§ 44a der Gewerbeordnung sowie die einschlägigen Strafvorschriften werden aufgehoben.“

Die Bestimmungen seien im Jahre 1883 in der dritten Lesung angenommen worden, nachdem sie in der zweiten Lesung abgelehnt worden waren. Auch die Legitimationskarten würden die Handlungsreisenden nur belästigen, namentlich durch die Möglichkeit des Verlogens der Legitimationskarten.

Das Wort wird nicht weiter gewünscht. Der Antrag Vogt wird abgelehnt, die Vorlage angenommen.

Artikel 11 der Vorlage handelt von den Beschränkungen, welche dem gewöhnlichen Handel beim Ankauf oder Heilbringen im Umherziehen aufzuerlegen sind. Ausgeschlossen sind: 1. geistige Getränke, 2. gewöhnliche Meier und Wälder, gewöhnliche Beuten und Beutefüße.

Abg. von Strombeck (Eoc.) beantragte, die in Art. 10 und 11 der Vorlage genannten Gegenstände zu streichen und zwar im Hinblick auf die Gewerbeordnung. Er hatte sich nicht für beschränkt, einen Entwurf vorzubringen auf einen anderen, noch schärferen, zu fügen.

unterfrage, insofern sie in sittlicher und religiöser Beziehung Mergerniß erregen, so fragt Redner den Staatssecretär, ob durch diese Bestimmung nicht etwa auch politische Schriften getroffen werden können.

Staatssecretär von Bötticher: Die Druckschriften müssen in religiöser oder sittlicher Beziehung Anstoß erregen. Politische Schriften fallen nur dann unter diesen Paragraphen, wenn sie gleichzeitig auch in sittlicher oder religiöser Hinsicht Mergerniß geben.

Abg. Galler (Sdb. Ep.) beantragte, in Art. 10 die Worte: Sämereien und Blumenzwiebeln, zu streichen. In Süddeutschland habe dieser Handel einen großen Umfang erreicht und würde durch das Verbot schwer geschädigt werden.

Bundecommissar Dr. Konrad erwidert dem Abg. von Strombeck, daß Bäume und Sträucher sich ihrer Natur nach schlecht zum Hausirhandel eignen. Ähnlich liege es mit den Sämereien. Der Hausirhandel in Sämereien schade hauptsächlich die ärmere Bevölkerung auf dem Lande.

Abg. Weis (Eoc. Volksp.): Die Begründung der Verbotbestimmungen in der Regierungsvorlage ist ganz ungenügend. Mit ein paar Zeilen begründet man die Vermeidung von Hunderten von Existenten. Redner tadelt besonders das Verbot des Hausirhandels in Brillen und optischen Elementen.

Abg. Dr. Fahn (Eoc.) tritt für den Artikel 11 der Vorlage ein. Die Einwendungen gegen einzelne Gegenstände seien nicht stichhaltig. Der Hausirer schwache dem Publikum häufig unbrauchbare Sachen auf. Deshalb empfehle sich besonders das Verbot des Hausirens mit optischen Gegenständen.

Director im Reichsamte des Innern, Geheimrath Wedtke, polemisiert gegen den Abg. Weis. Die Vorlage sei genügend begründet. Der Schutz des Publikums vor Ueberbrotung durch den Hausirer sei der Grundgedanke. Gerade durch den Kauf unangereicher Brillen könne der Käufer schwer geschädigt werden.

Abg. Mundel (Eoc. Volksp.): Die Erklärung des Herrn Staatssecretärs hinsichtlich der Druckschriften politischen Inhalts hat mich mit tiefer Befriedigung erfüllt. Damit hört aber meine Befriedigung auch schon auf. (Heiterkeit.) Ich glaube, wenn wirkliche conservativere Politik getrieben wird in Druckschriften, so wird Niemand auf die Vermuthung kommen, daß diese Politik in sittlicher oder religiöser Beziehung Mergerniß erregt.

Abg. von Strombeck (Eoc.) beantragte, die in Art. 10 und 11 der Vorlage genannten Gegenstände zu streichen und zwar im Hinblick auf die Gewerbeordnung. Er hatte sich nicht für beschränkt, einen Entwurf vorzubringen auf einen anderen, noch schärferen, zu fügen.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Stadt-Theater. Donnerstag: „Siska und Hilda.“ Freitag: „Erzgebirge.“ Samstag: „Das gelbe Kreuz.“

Lobe-Theater. Donnerstag: „König Heinrich.“ Freitag: „König Heinrich.“

Victoria-Theater. (Gemeinlich-Gesell.) Budapest. Posen-Theater. Anfang des Concerts 7 Uhr. Der Vortrag 7 1/2.

„Harmonie“, Hindenburgstr. 27. Sonntag: Große Künstler-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Donnerstag, den 12. März: Vortrag. Pred. Tschirn in Coliseum. Einmal.

Hermann Pohl, Filz- u. Seidenhutfabrik, Lehndamm 24.

GRUSSER UMSATZ. Kleiner Verdienst!

Herren- und Knaben-Garderobe. Von nur dauerhaften Stoffen, gediegener Arbeit und vorzüglichem Schnitt.

Abend-Unterricht. In Fach- u. weibl. und bländliche Sprachen. Beginn am 1. u. 15. März.

Veranstimmter. In alle Tage 2 bis 6 Uhr. In der Nacht 10 bis 12 Uhr.

Hermann Pohl, Filz- u. Seidenhutfabrik, Lehndamm 24.



J. Schönfeld, Schmiedebrücke 19.

Leopold Bermann, Damen-Mantel-Fabrik, BRESLAU, 55, Reusche-Strasse 55.

Größte Auswahl aller Neuheiten der Saison.

Bekannt billigste Bezugsquelle Breslaus.



Kleiner Verdienst! Großer Umsatz!

Ortskrankenkasse für Glacéhandschuhmacher zu Breslau. Montag, d. 23. März, Abds 6 Uhr bei Herrn Friedrich (Mauritiuspl.).

Ortskrankenkasse der Klempner zu Breslau. Sonntag, den 22. März, Vormittags Punkt 11 Uhr im Café restaurant (Westl., Karlsstrasse).

Fabrik von Arbeiter-Garderobe. Specialität: Arbeiter-Hosen, Hemden u. Jacken allerbilligsten bei E. Liedecke, Podgane 30.

